



## Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Klaus Adelt SPD**

### **Kalte Kommunalisierung der Integrationskosten beenden – Bundesmittel an Kommunen weiterleiten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Politik der kalten Kommunalisierung der Integrationskosten zu beenden und einen angemessenen Teil der Mittel aus dem Bundeszuschuss für Integrationskosten direkt an die bayerischen Kommunen weiterzuleiten. Hierzu nimmt die Staatsregierung umgehend Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden auf.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine weitere Entlastung der Kommunen von den Integrationskosten einzusetzen.

#### **Begründung:**

Verhandlungen zwischen Bund und Ländern hatten zum Ergebnis, dass der Bund für die Jahre 2016 bis 2018 die flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft übernimmt, die insgesamt mit 2,6 Mrd. Euro veranschlagt sind. Dazu kommen 2017 und 2018 jeweils 500 Mio. Euro für den Wohnungsbau.

Die bayerischen Städte und Gemeinden leisten einen entscheidenden Beitrag, um den Integrationsprozess der neu Zugewanderten erfolgreich zu gestalten, der weit über die reine Unterbringung hinausgeht. Vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung,

Arbeitsmarktintegration, Kultur und Sport entstehen immense Personal- und Investitionskosten.

Für diese Folgekosten bei der Integration von Flüchtlingen stellt die Bundesregierung den Ländern und Kommunen, in Form einer jährlichen Integrationspauschale in Höhe von zwei Milliarden Euro, von 2016 bis 2018 insgesamt sechs Milliarden Euro zur Verfügung.

Die kommunalen Spitzenverbände haben der Staatsregierung auf deren Bitte hin bereits vor mehreren Monaten eine umfassende Aufstellung der kommunalen Integrationskosten vorgelegt, die allerdings bis heute nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Die bayerische Staatsregierung hat die vom Bund dafür vorgesehenen Mittel bisher nicht an die Kommunen weitergegeben. Die Präsidenten von Städte- und Gemeindetag, Dr. Ulrich Maly und Dr. Uwe Brandl, fordern nachdrücklich eine direkte Weiterleitung eines Teils des Bundeszuschusses an die Städte und Gemeinden und warnen vor einem drohenden Verlust der Handlungsfähigkeit der bayerischen Kommunen. So betonte Gemeindetagspräsident Dr. Brandl in einem gemeinsamen Pressestatement Anfang Januar: „Wir merken jetzt, dass das, was wir an Mitteln bekommen haben, bei Weitem nicht ausreicht, um die Kosten der Integration zu stemmen. (...) Wenn nicht künftig Bundesmittel direkt an die Städte und Gemeinden durchgereicht werden, dann wird es mit der Integration schwierig.“

Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, die Kommunalisierung der Integrationskosten zu beenden und die Kommunen in angemessener Höhe an den für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Bundesmitteln zu beteiligen.

Darüber hinaus ist die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene nachdrücklich für eine weitere finanzielle Unterstützung der bayerischen Kommunen bei der Bewältigung der Integrationsaufgaben einzusetzen.